



Der Enzberger Steinbruch sorgt seit Jahren für eine erbitterte Auseinandersetzung zwischen der Betreiberfirma und einer Bürgerinitiative.

Foto: Kollros

Kompromiss mit Fragezeichen

Einigung zwischen Enzberger Bürgerinitiative und Steinbruchbetreiber scheint greifbar – Schwerlastverkehr wirft weitere Fragen auf

Mit Interesse haben gestern die Regionalräte aus dem Nordschwarzwald die aktuelle Entwicklung bei den Erweiterungsplänen am Steinbruch Enzberg mit der sich abzeichnenden Kompromissbereitschaft seitens der Betreiberfirma und den Steinbruchgegnern aufgenommen.

VON NORBERT KOLLROS

MÜHLACKER. Mühlackers Oberbürgermeister Frank Schneider zollte beiden Seiten hierfür seinen ausdrücklichen Respekt. Das Unternehmen Natursteinwerke im Nordschwarzwald (NSN) hat, wie schon

berichtet, seine Bereitschaft erklärt, dauerhaft seine Expansionsabsichten auf fünf Hektar zu beschränken – gegenüber der ursprünglichen Planung mit der dreifachen Fläche. NSN wolle dies sogar in einem Vertrag verbindlich zusichern, heißt es aus dem Unternehmen.

Gleichzeitig hegen die Natursteinwerke die Hoffnung, in dem gegenüber der Landesstraße westlich gelegenen und von Enzberg weiter entfernten Gebiet „Hitzberg“ alternative Muschelkalk-Vorkommen zu erschließen.

In der gestrigen Sitzung des Planungsausschusses des Regionalverbands wurde indes nur eines bedauert, dass nämlich die Belastungen durch den Schwerverkehr im

Zusammenhang mit dem Steinbruchbetrieb, namentlich in den Ortsdurchfahrten von Enzberg, Kieselbronn und Dürrn, in der Auseinandersetzung zwischen Betrieb und Bürgerinitiative offenbar nur eine untergeordnete Rolle spielen würden. „Wir dürfen diesen Aspekt nicht aus dem Blick verlieren“, meinte etwa der Ölbronn-Dürrner Bürgermeister Norbert Holme.

Der neue Verbandsvorsitzende Jürgen Kurz (Niefern-Öschelbronn), der gestern im Rathaus in Mühlacker seine erste Sitzung leitete, stimmte diesem Ansinnen von Holme zu: „Das muss ein Teil des Einigungsvertrags zwischen Firma und der Bürgerinitiative werden.“ Dem pflichteten ausdrücklich auch die beiden Mühlacker

Regionalräte Thomas Knapp (SPD) und Günter Bächle (CDU) bei. Ein weiterer Aspekt: Sollte etwa ein Feldwegausbau südlich von Dürrn zu einer Art Teilortsumgehung in Richtung Bundesstraße 294 werden, müsste auch der Enzkreis mit ins Boot geholt werden.

Was den Kompromiss hinsichtlich einer deutlichen Reduzierung der geplanten Erweiterungsfläche betrifft, spricht Verbandsdirektor Dirk Büscher von „Signalen aus der Bürgerinitiative“, wonach man sich mehrheitlich eine Lösung vorstellen könne. Im kommenden Jahr soll es eine Gesprächsrunde mit allen Beteiligten geben, in die auch die Stadt Mühlacker eingebunden sein soll.